

Salzgitter, den 09.08.2022

Allris-Freigabe durch:
Herrn Hilsendeger

**An die
Fraktionen des Rates
der Stadt Salzgitter**

Den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis

Beantwortung von Anfragen (0717/18-AW) öffentlich

Anfragenbeantwortung i. S. Aktueller Sachstand zur Lage der Tafel in Salzgitter; Anfrage der AfD-Ratsfraktion v. 13.05.22 in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses v. 24.05.22, des Rates der Stadt Salzgitter v. 25.05.22, des Ausschusses für Soz., Integr. und Gesundheit, des OR Nord u. des OR Süd v. 1.06.22, des OR West v. 2.06.22, des OR Nordost v. 9.06.22, des Ausschusses für Feuerwehr u. öffentl. Ordnung v. 14.06.22, des OR Nordwest v. 15.6.22, des OR Ost v. 23.6.22, des OR Südost am 13.9.22

Sachverhalt:

Aufgrund von Bürgermitteilungen und alarmierenden Zeitungsartikeln über die Situation der Lage der Tafeln in Helmstedt und Wolfsburg, werfen sich folgende Fragen für Salzgitter auf:

1. Spitzt sich die Lage der Tafel in Salzgitter ebenfalls derart zu, wie in Helmstedt, dass die Helfer, weil zu viele Bedürftige und zu wenige Lebensmittel vorhanden sind, durch die Aggressivität und den Frust, der ihnen dadurch entgegenschlägt, auch um ihre Sicherheit und körperliche Unversehrtheit besorgt sind?
2. Schickt die Verwaltung ukrainische Flüchtlinge zur Tafel?
3. Gehen auch Lebensmittel und Spenden, die für die Tafel in Salzgitter vorgesehen waren, direkt zur Ukraine Hilfe?
4. Durch welche Maßnahmen wird die Verwaltung den sozialen Frieden sichern, wenn es für alle immer weniger gibt? (Nicht nur auf die Tafel bezogen.)

Antworten der Verwaltung

Zu Frage 1:

Bei einem Besuch von Herrn Oberbürgermeister Klingebiel und Herrn Stadtrat Dr. Härdrich bei der Salzgitter-Tafel, der umständehalber erst Ende Juli stattfinden konnte, sind derartige Vorfälle und Szenarien nicht berichtet worden. Die Tafel hat

auf Nachfrage auch ausdrücklich bestätigt, dass es derartige Szenen hier nicht gegeben hat.

Zu Frage 2:

Nein, die Verwaltung schickt ukrainische Flüchtlinge nicht zur Tafel. Im zuständigen Fachdienst gibt es keine derartigen Vorgaben. Bei der Tafel sind keine ukrainischen Flüchtlinge mit Berechtigungsschein der Verwaltung bekannt.

Zu Frage 3:

Darüber liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Zu Frage 4:

An Spekulationen über derartige Szenarien beteiligt sich die Verwaltung nicht. Sollte das beschriebene Szenario tatsächlich wider Erwarten eintreten, sind in erster Linie Land, Bund und die EU gefordert, die dann notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

gez. i. V. Eric Neiseke

gez. Dr. Dirk Härdrich